

Medienmitteilung vom 1. Oktober 2019

Die SP muss auch das Sprachrohr für die kleinen und kleinsten Unternehmen sein!

Vorschlag der Reformplattform für eine SP-KMU-Politik

Die Reformplattform greift mit einem neuen Positionsbezug in die wirtschaftspolitische Debatte ein. Damit soll aufgezeigt werden, wie eine sozialdemokratische Wahrnehmung der KMU-Wirtschaft aus sozialliberaler Sicht lauten muss. Im Zentrum des Vorschlags stehen die Inhaberinnen und Inhaber von Kleinstunternehmen und ihre Mitarbeitenden. Deren Existenzbedingungen sollen stärker in den Fokus gerückt werden. Damit soll der Tendenz entgegengewirkt werden, dass sich sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in der Kritik an Grossunternehmen erschöpft.

Wenn 98% der Unternehmen weniger als 50 Personen beschäftigen und zusammen fast 50% der Arbeitsplätze anbieten, die zudem einen tiefen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen, so ist dies jener Teil der Wirtschaft, welcher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders interessieren muss. Viele SP-Mitglieder sowie SP-Wählerinnen und -Wähler arbeiten in KMU, oder sie besitzen und leiten sie. „Die SP muss auch das Sprachrohr für die kleinen und kleinsten Unternehmen sein“, betont die Aargauer Nationalrätin Yvonne Feri.

Das vorliegende Papier ist speziell auf Klein- und Kleinstunternehmen ausgerichtet. Dieses Unternehmenssegment wird in Zukunft durch die sich ausbreitende Plattformwirtschaft eine noch grössere Bedeutung erlangen. Der „Vorschlag für eine SP-KMU-Politik“ leuchtet einerseits die Welt der KMU-Wirtschaft mit Zahlen aus. Andererseits werden die Herausforderungen, vor denen Inhaberinnen und Inhaber namentlich von Kleinstunternehmen stehen, greifbar und verständlich gemacht. Nach einem Blick zu den Positionen anderer Parteien und des Gewerbeverbands werden eigene Forderungen zur Diskussion gestellt. Diese befassen sich namentlich mit folgenden Themen:

- Bestimmte Regulierungen sollen vermehrt von der Betriebsgrösse abhängig gemacht werden; dazu gehört auch, dass es im Arbeitsrecht eine soziale Flexibilisierung an der Schnittstelle von Angestellten und Selbständigerwerbenden braucht.
- Weil oftmals Softfaktoren das Verhältnis von Verwaltung und Unternehmen trübt, soll der Austausch verstärkt werden, z.B. durch Jobtausch und Praktika.
- In die Diskussion geworfen wird die Frage, ob sich der Handlungsspielraum für Kleinstunternehmen in einem abgesteckten Feld wie den Arbeitsbedingungen eine Art Punktesystem möglich wäre, mit welchem die Unternehmen erhöhte Anforderungen an die Flexibilität der Mitarbeitenden mit einem erhöhten Entgegenkommen an die Mitarbeitenden verdienen könnten.
- Verschiedene Forderungen widmen sich der Erleichterung von Unternehmensgründungen (Chèque entrepreneur; Finanzierung der Wachstumsphase von Unternehmen; Anstoss-Unterstützung im administrativen Bereich), Vereinfachungen im Sozialversicherungsbereich, der Interessenvertretung von international tätigen KMU sowie dem Staat als Besteller von Leistungen
- Schliesslich werden zum Schutz von Arbeitnehmenden regionale Ombudsstellen angeregt, wo es keine paritätischen Berufskommissionen gibt und die Gewerkschaften schwach sind.

Hier geht's zum Vorschlag der Reformplattform für eine SP-KMU-Politik:

www.reform-sp.ch/fileadmin/files/Home/Reformplattform_SP-KMU-Politik_d_20190916.pdf

Für Auskünfte stehen zur Verfügung:

Yvonne Feri, Nationalrätin Aargau 079 781 20 43

Daniel Jositsch, Ständerat Zürich 079 503 06 17

Marcel Züger, Unternehmer in Salouf GR und Mitautor 079 832 62 02